



Zum Regierungsratskandidaten nominiert: Jim Wolanin. Foto zvg

FDP Wahlkreis Sursee setzt auf Jim Wolanin

REGIERUNGSRAT Mit den Kantons- und Gemeinderäten Charly Freitag (Beromünster) und Jim Wolanin (Neuenkirch) standen bei der DV der FDP Wahlkreis Sursee vom Dienstag zwei Kandidaten zur Auswahl. Die Geschäftsleitung der FDP Kanton Luzern hatte im Vorfeld eine Zweierkandidatur empfohlen. Der Wahlkreisvorstand schlug seinen Delegierten trotzdem vor, mit einer einzigen Kandidatur auf den Weg zu gehen. Das Ziel sei, einen Regierungsrat aus dem Wahlkreis zu haben. Das heisse in der Konsequenz, dass man auch zu entscheiden habe, wer der Richtige sei und alles auf eine Karte setzen müsse. Dem Vorschlag des Vorstandes wurde ohne Wortmeldung zugestimmt.

In der Ausmarchung erreichten Jim Wolanin 42 und Charly Freitag 33 Stimmen. Wolanin (40) ist Unternehmensberater und Sozialvorsteher in Neuenkirch. Mit Führungsstärke und politischer Erfahrung in der Exekutive und Legislative möchte er frischen Wind in die Politik bringen. «Wirtschaftlicher Sachverstand und vertrauensbildende Kommunikation sind Kompetenzen, die ich gerne für unseren Kanton Luzern einbringen möchte – mit Herz, Verstand und Leidenschaft», beschreibt Jim Wolanin sein politisches Engagement.

Als Nächstes wird die FDP Wahlkreis Hochdorf nominieren. Mit Rolf Born (Emmen), Roland Emmenegger (Hochdorf) und Fabian Peter (Inwil) stehen drei Kandidaten zur Auswahl. Am 28. Juni entscheiden die kantonalen Delegierten dann in Sempach definitiv über den oder die FDP-Regierungsratskandidaten für den frei werdenden Sitz von Robert Küng. rs/WB

FDP sagt Ja zum Energiegesetz

MENZNAU Die Parolenfassung für zwei eidgenössische und zwei kantonale Abstimmungen stand auf der Traktandenliste der DV der Luzerner FDP, wobei die Delegierten sich dreimal für ein Nein und einmal für ein Ja entschieden.

von Hilda Rösch

Der Versammlung, die am letzten Montag in der Rickenhalle von Menznau stattfand, wohnten 222 Delegierte bei, darunter auch Bundesrichterin Lucrezia Glanzmann, Ständerat Damian Müller und Regierungsrat Robert Küng. Als Präsidentin der gastgebenden FDP-Ortspartei von Menznau nahm Helen Schurtenberger die Gelegenheit wahr, kurz ihre Gemeinde vorzustellen, die sie als eine Gemeinde mit Weitblick, Potenzial und Zukunft bezeichnete. Markus Zenklusen, Kantonalpräsident der FDP Luzern, verband seine Begrüßungsworte mit der Ehrung von Peter Knüsel-Schmidli, ehemaliger Regierungs- und Ständerat, der kürzlich verstorben war. Dazu sagte er: «Mit ihm haben wir eine grossartige Persönlichkeit und einen aussergewöhnlichen Politiker mit vielen Talenten verloren.»

Netzsperrn sind nicht wirksam

Jedem Referenten standen für seine Ausführungen zu den jeweiligen Abstimmungen acht Minuten zur Verfügung. Als Pro-Referent für die eidgenössische Abstimmung vom 10. Juni über ein neues Bundesgesetz, das eine Netzsperrn für ausländische Anbieter von Online-Geldspielen vorsieht, betätigte sich FDP-Nationalrat Peter Schilliger. Er machte sich stark für dieses Geldspielgesetz, in dessen Zentrum die Unterstützung der Allgemeinheit stehe, würden doch Geldspielerträge in die AHV einfließen und auch gemeinnützige Organisationen wie Sport und Kultur von diesen Erträgen profitieren. Weiter sagte er: «Die Netzsperrn dient ausserdem der Bekämpfung der Spielsucht, verhindert Geldwäscherei und den Abfluss von Geldern ins Ausland.»

Nicolas A. Rimoldi, Vizepräsident der Jungfreisinnigen Luzern, äusserte sich hingegen in seinem Kontra-Referat vehement gegen das neue Gesetz. Ihm gemäss ist dieses überflüssig und Netzsperrn unwirksam, da Online-Zocker diese ohne grosse Mühe aushebeln könnten. Ebenso führte er aus: «Die Internet-Zensur ist ein totalitäres Mittel, das einer freiheitlichen Schweiz nicht würdig ist.»

Unterstützung erfuhr Peter Schilliger in der folgenden Diskussion durch FDP-Ständerat Damian Müller, der be-



Zwischen den einzelnen Abstimmungen wurden in der Menznauer Rickenhalle angeregte Diskussionen geführt. Foto Hilda Rösch

tonte, dass Geldspiele auf der ganzen Welt reguliert wären, um mit präventiven Massnahmen Spielsüchtige zu schützen. Dem fügte er an: «Das Internet ist zwar grenzenlos, aber es darf nicht rechtsfrei sein.»

Die Delegierten lehnten schliesslich das Gesetz mit 94 Ja- und 124 Nein-Stimmen ab.

Keine Chance für Vollgeld-Initiative

Über die Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank» (Vollgeld-Initiative) orientierte FDP-Nationalrat Albert Vitali. «Diese Initiative ist riskant, teuer und schädlich. Sie ist eine sehr komplizierte Vorlage, ein Experiment, das sich mit Sicherheit nicht lohnen wird. Auch weiss niemand, welche Auswirkungen sie haben wird. Wir kaufen daher die Katze im Sack», sagte Albert Vitali. Zudem verwies er auf die Folgen für die Wirtschaft, die weniger Investitionen tätigen könnte. Überaus deutlich wurde die Initiative mit 217:4 Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

Mehrheit für Energiegesetz

Herrschte bei der Erarbeitung des neuen kantonalen Energiegesetzes noch Einigkeit unter den Parteien, hat sich die SVP im Nachhinein dazu entschieden, das Referendum gegen dieses Gesetz zu ergreifen. Oliver Imfeld, Vizepräsident der SVP Kanton Luzern, erläuterte die Gründe, die zu dieser Kehrtwende

geführt hätten. So war seinen Ausführungen zu entnehmen, dass unter anderem Abmachungen nicht eingehalten worden wären. Zudem sagte er: «Dieses Gesetz ist überladen und stellt eine Verschlechterung der Wettbewerbsposition gegenüber Nachbarkantonen dar. Und die gesetzlich geforderten Mehrauflagen verursachen für die Bauherrschaft Mehrkosten, die wiederum auf die Mieter abgewälzt werden.»

Als Pro-Referent führte FDP-Kantonsrat Ruedi Burkard ins Feld, dass mit dem neuen Gesetz eine Harmonisierung der kantonalen Energievorschriften geschaffen werde. Auch könnten damit die Heizkosten gesenkt und Energien effizienter genutzt werden. Sein Referat schloss er mit den Worten: «Sorgen Sie mit einem Ja für mehr Unabhängigkeit im Energiebereich.»

Die Delegierten folgten seinem Aufruf und sagten mit 144 Stimmen Ja zu diesem Gesetz, während sich 75 Delegierte dagegen aussprachen und drei sich der Stimme enthielten.

«Ein Wolf im Schafspelz»

Das Pro-Referat über die kantonale Volksinitiative «Für eine sichere Gesundheitsversorgung im ganzen Kanton Luzern», war SP-Kantonsrat Marcel Budmiger vorbehalten. Dazu sagte er: «Wir wollen, dass auch in Zukunft eine flächendeckende, gute Versorgung im Pflegebereich gewährleistet werden kann. Gleichzeitig wollen wir verhindern, dass aus Kostengründen nur

noch ein Pflege-Mindeststandard angeboten werden kann.» Auch erklärte er, dass kein Ausbau der Spitäler erfolgen, aber deren Standorte beibehalten werden müssten.

Als Kontra-Referentin führte FDP-Kantonsrätin Angela Pfäffli aus: «Die Initiative gleicht einem Wolf im Schafspelz. Sie ist zwar gut gemeint, aber brandgefährlich. Sie bietet auch keine Garantie dafür, dass stets genügend Fachpersonal zur Verfügung steht, verhindert aber die Weiterentwicklung im Medizinalbereich.»

Der Initiative stimmten 6 Delegierte zu, 2 enthielten sich der Stimme und 212 Delegierte lehnten sie ab.

Neue Mitarbeiterinnen in der Geschäftsleitung

Mit Informationen aus der Geschäftsleitung wartete Markus Zenklusen zum Abschluss der Versammlung auf. Aus diesen ging hervor, dass Fabienne Brauchli, FDP-Parteipräsidentin von Malters, neu das Ressort Finanzen in der Geschäftsleitung übernimmt, indes Serena Büchler als Verstärkung der Geschäftsstelle agieren wird. Aus ihren Ämtern zurückgetreten sind dagegen René Schmed, der bis anhin für die Parteifinancen zuständig war, sowie Jérôme Rüfenacht, Wahlkreispräsident Luzern-Land. Beiden verdankte der Kantonalpräsident mit würdigen Worten ihre enormen Leistungen, die sie in den letzten Jahren für die Partei erbracht haben.

Nein zu Netzsperrn

GRÜNLIBERALE Die Grünliberalen haben die Nein-Parole für das Geldspielgesetz und die Vollgeldinitiative gefasst. Die GLP sagt zudem Ja zum kantonalen Energiegesetz und Nein zur Gesundheitsinitiative.

Mit 26 Nein- zu 0 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen hat sich die Mitgliederversammlung gegen das Geldspielgesetz ausgesprochen. Der erhöhte Spielschutz ginge einher mit Netzsperrn für ausländische Online-Casinos. Eine Annahme wäre nach Meinung der GLP ein grosser Eingriff in die Freiheit des Internets und könnte sogar zu einem Präjudiz für weitere Netzsperrn führen. Parteipräsident Roland Fischer untermauert die Parole: «Das Gesetz ist protektionistisch und ein weiterer wirtschaftspolitischer Sündenfall zum Schutz von Partikularinteressen – dieses Mal der Schweizer Casinos.»

Des Weiteren haben sich die Mitglieder mit 23 zu einer Stimme bei 4 Enthaltungen gegen die Vollgeldinitiative

ausgesprochen. Eine Annahme würde gemäss GLP ein zu grosses Experiment für die Schweizer Wirtschaft mit unsicherem Ausgang darstellen.

Ja zum Energiegesetz

Die GLP hat einstimmig die Ja-Parole zum neuen Energiegesetz des Kantons Luzern beschlossen. Die Ausarbeitung des Gesetzes sei massgeblich durch die GLP-Volksinitiative «Energiezukunft Luzern» beschleunigt und beeinflusst worden. Es nehme fast alle Forderungen der Initiative auf, weshalb die Volksinitiative vom Initiativkomitee zurückgezogen wurde. Kantonsrat Urs Brückner meint dazu: «Mit dem Energiegesetz werden Arbeitsplätze im Kanton geschaffen, und die Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit der Energieversorgung wird erhöht.»

Die Kantonale Volksinitiative «Für eine sichere Gesundheitsversorgung im ganzen Kanton Luzern» wurde von der Mitgliederversammlung mit 18 Nein- zu einer Ja-Stimme bei 9 Enthaltungen abgelehnt. Die meisten Forderungen der Initianten werden nach Meinung der GLP bereits heute umgesetzt. pd/WB

Einstimmig für Gesundheitsinitiative

SP Die Delegierten der Luzerner SP fassten am Montag die Ja-Parolen zu den kantonalen Vorlagen und zur Revision des Geldspielgesetzes. Hingegen stellte sich eine Mehrheit gegen die Vollgeldinitiative.

Mit der Vollgeldinitiative steht am 10. Juni eine Vorlage zur Abstimmung, die das heutige Wirtschaftssystem grundsätzlich infrage stellt. Alt-Grossstadtrat Rolf T. Spörri sprach vor den Delegierten für die Initiative. «Unser Geld soll in die Realwirtschaft fließen und nicht der Spekulation dienen», so Rolf T. Spörri. «Die Vollgeldinitiative steht für mehr Gerechtigkeit und Stabilität unserer Volkswirtschaft und führt zu mehr Kontrolle über die Finanzwirtschaft.»

«Nichte erfüllbare Erwartungen»

Der Adligenswiler Kantonsrat Jörg Meyer sprach vor den Delegierten gegen die Vorlage. Seine Meinung fasste er mit den Worten «Die Vollgeldinitiative

ist riskant, sie ist teuer und sie ist schädlich» zusammen. «Auch wenn die Geschäftspraktiken der Banken verwerflich sind, so hat die SP bereits genügend Ideen, wie wir daran etwas ändern können.» Es seien nicht erfüllbare Erwartungen, die man in die Initiative setze, vielmehr öffne man mit der Machtfülle für die SNB neue Gefahrenfelder.

Auch wenn Delegierte Verständnis für das Anliegen hinter der Initiative äusserten, fassten die Delegierten mit 17 zu 13 Stimmen bei 4 Enthaltungen die Nein-Parole.

Umstrittenes Geldspielgesetz

Bei der Revision des Bundesgesetzes über Geldspiele entfachte sich eine Diskussion darüber, inwiefern der Zweck die Mittel heiligt. Einig war man sich weitgehend darin, dass Suchtprävention und Geldwäscherei wichtige Aspekte der Gesetzesrevision sind, während das Mittel der Netzsperrn durchaus umstritten sind.

Die Delegierten fassten mit 22 zu 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen die Ja-Parole.

Sicheres Gesundheitswesen und für die Energiewende

Das kantonale Energiegesetz wurde vom Luzerner Kantonsrat Hasan Candan vorgestellt. Angesichts von Gletscherschmelze, Wetterturbulenzen und knapper werdenden Ressourcen müssen wir unseren Energiehaushalt anpassen, so Candan. «Pro Jahr fließen 200 Mio. Franken Wertschöpfung wegen Erdöl und Erdgas aus dem Kanton Luzern ins Ausland.» Davon könnte die lokale Wirtschaft profitieren. Die Delegierten fassten einstimmig die Ja-Parole zum Energiegesetz.

Weiter kommt am 10. Juni die Initiative für eine sichere Gesundheitsvorsorge der Allianz für Lebensqualität zur Abstimmung. «Die Initiative ist ein Ausdruck für fehlendes Vertrauen gegenüber dem Regierungsrat», so Kantonsrätin Yvonne Zemp-Baumgartner aus Sursee. Mit der Initiative sollen die Bedürfnisse der Bevölkerung auch auf der Landschaft vor den Finanzinteressen des Regierungsrates stehen. Die Delegierten fassten auch hier einstimmig die Ja-Parole. sd/WB